



Nr. 144 / 03.06.2022

Milliarden Euro für die Bundeswehr – wichtig und dringend nötig

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Sitzungswoche ist vorbei und der Bundeshaushalt für dieses Jahr beschlossen. Es sind Ausgaben von 496 Milliarden Euro vorgesehen; davon sollen 139 Milliarden Euro (!) durch eine sogenannte Nettokreditaufnahme finanziert werden. Im Klartext: Die „Ampel“ setzt auf Schulden, Schulden. Für den jetzt schon brüchigen Koalitionsfrieden wird das Geld mit der Gießkanne verteilt. Dabei wäre eine Senkung der Neuverschuldung im Umfang von 88 Milliarden Euro möglich – trotz des von uns geforderten Entlastungspaketes mit einem Volumen von 40 Milliarden Euro. Hierfür müsste man nur die aus den Haushaltsüberschüssen der Jahre 2015-2019 gespeiste Rücklage in Höhe von 48,2 Milliarden Euro auflösen. Aber die „Ampel“ macht lieber neue Schulden.

Neben dem Bundeshaushalt stand auch noch das Sondervermögen für die Bundeswehr zur Abstimmung – wobei das Begriff „Sondervermögen“ natürlich nur eine elegante Umschreibung für Sonder-Neuverschuldung ist. Allerdings ist diese Grundgesetzänderung zur Errichtung eines Sondervermögens für unsere Bundeswehr richtig – und dringend nötig. Lange Zeit ist die Bundeswehr sträflich vernachlässigt worden. Immer wieder hatten wir von CDU und CSU (wie auch die Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, übrigens zuletzt stets SPD-Politiker) eine deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel für unsere Bundeswehr gefordert. Doch Linke, Grüne und vor allem die Sozialdemokraten, mit denen wir ja viele Jahre gemeinsam in mehreren GroKos regiert haben, bremsten und verhinderten deutliche Etat-Erhöhungen. Gerade ein gewisser Olaf Scholz knauserte als Bundesfinanzminister bei den Verteidigungsausgaben, wo es nur ging. Das habe ich auch an dieser Stelle in den zurückliegenden Jahren in mehreren Newslettern kritisiert.

Doch nun schaffen wir die Voraussetzungen für eine nachhaltige Stärkung und bessere Ausstattung der Bundeswehr. Besonders freuen dürften sich unsere Soldatinnen und Soldaten, dass die 100 Milliarden Euro ausschließlich für Ausrüstung, Waffen und Infrastruktur der Bundeswehr genutzt werden und somit der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes zugutekommen.

Und die Bundeswehr wird erstmalig in ihrer Geschichte ein Finanzierungsgesetz bekommen. Darin wird klargestellt, dass Deutschland in Zukunft alle Verpflichtungen gegenüber der NATO endlich einhalten wird (Stichwort „2-Prozent-Ziel“). Ziel ist es, das Beschaffungswesen in der Bundeswehr zu straffen und vor allem zu beschleunigen – nicht zuletzt dadurch, dass man endlich auf marktverfügbare Lösungen setzt. Das heißt: Bestellt wird bei denen, die das schnell liefern können, was unsere Truppe braucht. Ein großer Teil des Sondervermögens entfällt auf die Luftwaffe, für neue Hubschrauber und moderne US-Tarnkappen-Jets vom Typ F-35. Diese sollen als Nachfolge der jahrzehntealten Tornado-Jets angeschafft werden. Damit leisten wir auch einen wichtigen, unverzichtbaren Beitrag zur nuklearen Teilhabe.

Die Gegenwart führt uns doch schmerzlich vor Augen, dass wir zur Abschreckung und für einen eventuellen Verteidigungsfall sehr wohl eine einsatzbereite Armee mit modernen Waffensystemen brauchen. Unsere Demokratie muss wehrhaft sein!

Herzlichst
Ihr
Alexander Hoffmann, MdB